Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Ursula Sowa

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Martin Wagle

Abg. Ralf Stadler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 3 d:**

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und der

Bayerischen Bauordnung (Drs. 18/24629)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich das Wort an Herrn Staatsminister Christian Bernreiter.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält Änderungen im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz und in der Bayerischen Bauordnung.

In den vergangenen Jahren hat der Bund sinnvolle Änderungen zur Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich umgesetzt. Mit unserem Gesetzentwurf übertragen wir bewährte Regelungen aus dem Bundesfernstraßengesetz in unser Bayerisches Straßen- und Wegegesetz – und zwar weitgehend im Wortlaut. Damit sollen auch für bayerische Straßen die gleichen Maßstäbe wie für Bundesfernstraßen gelten. Das hat zwei Vorteile: Erstens können unsere Planfeststellungsbehörden so bei allen Verfahren einheitlich arbeiten, zweitens ist die Rechtsprechung zum Bundesrecht auch auf unsere Fälle aus dem Landesrecht übertragbar.

Inhaltlich geht es im Wesentlichen um das Planfeststellungsrecht. Wir wollen hier mehr Klarheit und Schnelligkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Künftig soll klar geregelt sein, wann es bei Straßenbauprojekten überhaupt ein umfangreiches Zulassungsverfahren braucht. Außer bei Neubauten ist ja auch bei wesentlichen Änderungen von Straßen eine Planfeststellung vorgeschrieben. Im Gesetzentwurf werden jetzt erstmals die wesentlichen Änderungen inhaltlich definiert. Außerdem schlagen wir Neuregelungen vor, um die Bauzeit bzw. das Verfahren zu verkürzen. So kann die Planfeststellungsbehörde etwa in Zukunft leichter auf den Erörterungstermin ver-

zichten oder externe Projektmanager mit der Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten beauftragen. In Niederbayern läuft dazu bereits ein Pilotprojekt für eine Bundesstraße an der B 15 neu bei Landshut. Meine Damen und Herren, so viel zu den wesentlichen Änderungen bei der Planfeststellung.

Ich möchte kurz zwei weitere Neuerungen nennen: Erstens vereinfachen und beschleunigen wir den Bau von Mobilfunkmasten an Straßen. Der Bau kann künftig nur dann abgelehnt werden, wenn Verkehrssicherheit oder Straßenausbauabsichten es erfordern. Zweitens erleichtern und verbessern wir die Gefahrenabwehr auf Straßen. Von Nachbargrundstücken gehen immer wieder Gefahren für den Straßenverkehr aus, zum Beispiel durch Felsstürze oder die Bepflanzung. Künftig kann die Behörde zum Beispiel selbst auf eigene Kosten Beseitigungs- und Sicherungsmaßnahmen neben Staatsstraßen durchführen, ohne zuvor eine Entscheidung der Sicherheitsbehörde abzuwarten. So werden unnötig lange Straßensperrungen und Abstimmungszeiten vermieden.

Meine Damen und Herren, Vereinfachen und Beschleunigen ist auch unser Ziel bei der Änderung der Bayerischen Bauordnung. Der Gesetzentwurf setzt eine EU-Richtlinie um, in der die Produktion von erneuerbaren Energien gefördert werden kann. Das Zulassungsverfahren für Produktionsanlagen kann in Zukunft über eine einheitliche Stelle innerhalb einer bestimmten Frist abgewickelt werden. Außerdem werden für den Brandschutz vorgeschriebene Mindestabstände für dachparallele Solaranlagen vereinheitlicht und reduziert. Damit kommen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch schneller voran. So leisten wir einen weiteren Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Meine Damen und Herren, mit dem Gesetzentwurf erleichtern und beschleunigen wir vor allem Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Straßenbauprojekten in ganz Bayern. Das ist für uns alle ein Gewinn. Ich bitte deshalb um zügige Beratung und um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile nun der Kollegin Ursula Sowa von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Novelle der Bayerischen Bauordnung von 2021 wird heute schon wieder einmal nachgebessert. Aber in einem Bereich ist das gut so; da geht es nämlich um das Anbringen von Solaranlagen auf Dächern, was erleichtert wird. Das finden wir klasse; das will ich betonen und herausheben und kann auch hinzufügen: Wir GRÜNE hätten das schon gerne in der Novelle erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach dieser Änderung soll zukünftig der Abstand von Solaranlagen zur Brandwand sowohl für nicht brennbare als auch für brennbare Module und Unterkonstruktionen einheitlich nur noch 50 Zentimeter statt der vorherigen 1,25 Meter betragen. Das finden wir gut. Das gilt unterschiedslos für Photovoltaikanlagen und solarthermische Anlagen. Allerdings gibt es schon wieder eine Ausnahme. Gerne hätten wir das gleich in diesen Entwurf mit hineingepackt, aber vielleicht ändert es sich ja auch. Ein Entwurf soll ja nie so herauskommen, wie er hereingekommen ist.

– Lieber Herr Bernreiter, hören Sie gut zu. Wir meinen auch, dass die dachparallel installierten Solaranlagen ebenso nur noch 50 Zentimeter Abstand haben könnten. Das bayerische Dachdeckerhandwerk hat dies nämlich in seinen Eingaben auch bereits gewünscht; Sie können diese Eingabe also gerne schon aufnehmen. Sie differenzieren allerdings, dass Indach-Anlagen einen anderen Abstand brauchen, aber Sie könnten hier etwas aufnehmen, damit die Novelle nicht schon wieder novelliert werden muss.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir GRÜNE begrüßen natürlich die geplante Vereinfachung und wollen auch, dass eine geschickt gemachte Baunovelle natürlich weit ausreichend für gesünderes, nachhaltigeres Bauen und mehr Klimaschutz eingebracht werden könnte. Das Potenzial von Dachflächen wollen wir besser ausnutzen und werden auch entsprechende Vorschläge einreichen.

Wir alle wollen die Menschen vor steigenden Preisen fossiler Energien schützen. Die Ampel plant – darauf möchte ich auch hinweisen; dankenswerterweise haben Sie jetzt auch die Impulse vom Bund aufgenommen –, dass mit der Änderung des Gebäudeenergiegesetzes ab dem 01.01.2024 bei Heizungserneuerung 65 % über erneuerbare Energien abgedeckt werden müssen. Deswegen sind hauseigene Solaranlagen umso wichtiger und werden eine große Rolle spielen.

Ich möchte betonen, dass Ihr Gesetzentwurf dazu dient, die Vorgaben der Richtlinien des Europäischen Parlaments umzusetzen. Das ist schon im Dezember 2018 eingetütet worden. Daran sieht man einfach, wie lange es braucht, Gesetze zu ändern, damit sich auch Bayern bewegt. Ich wünsche mir, dass es in Zukunft schneller geht. Nicht umsonst kleben sich Menschen auf Straßen. Es geht wirklich zu langsam. Ich möchte hier aber gar nicht das Negative betonen, sondern durchaus hervorheben: Hier tut sich heute etwas. Es kommt etwas in Bewegung, auch im Hinblick darauf, dass der Mobilfunkausbau vorangehen soll.

Wir finden es auch in Ordnung, dass der Ausbau nun etwas entbürokratisiert wird. Wir finden aber nicht in Ordnung – da komme ich zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes –, dass hier tatsächlich Erörterungsimpulse von außen nicht mehr wahrgenommen werden sollen; Sie haben es selbst gesagt. Das halten wir für nicht zielführend. Wir wollen die Bedenken des BUND Naturschutzes hier aufnehmen, demzufolge die Beteiligung natürlich nach wie vor bei den Planfeststellungsverfahren gewährleistet sein muss. Der BUND Naturschutz macht auch kreative Vorschläge, wie Abläufe beschleunigt werden können, indem ein Projektmanager oder -managerin vor-

geschlagen wird; das möchten wir auch betonen. Das sollte man aufnehmen; das sollte tatsächlich in den Gesetzentwurf einfließen.

Dieses Management soll dazu führen, dass eine Entbürokratisierung möglich ist; denn wir wissen: Behörden sind nur ungenügend besetzt. Es gibt oft Gutachter und Planer*innen, die einfach nicht greifbar sind; auch im Hinblick auf die Baubranche zeigt sich, dass Baustoffe und -materialien gerade schwer zu bekommen sind. Wenn dann einmal ein Bauvorhaben durchgeführt ist, dann gibt es oft großen Ärger bei den Mängelbeseitigungen. Dies alles könnte man durch ein gutes Management wirklich in den Griff kriegen, und auch Digitalisierungsprozesse könnten wunderbar einfließen.

Hier komme ich schon zum Stichpunkt "Digitalisierung und Mobilfunk": Hier sehen wir es auch so, dass für Mobilfunkmasten und damit zusammenhängende technische Einrichtungen die weniger strengen Vorgaben für die Anbaubeschränkungszonen gelten sollen. Damit sind wir weitestgehend einverstanden, wollen aber auch hier beim Ausbau die Bürgerbeteiligung nicht aushebeln, sondern verflüssigen und auf moderne Instrumente umstellen; das muss gewährleistet sein. Aber wir GRÜNE wollen einen zügigeren Ausbau beim Mobilfunk vor allem auf dem Land, um die Abdeckung und Erreichbarkeit auch außerhalb der Wohngebiete zu verbessern.

Ich komme zum Schluss: Der Gesetzentwurf geht durchaus in eine richtige Richtung, und es passiert etwas. Das müssen wir auch nach außen kommunizieren. Wie gesagt, diese Langwierigkeit, bis etwas passiert, ist schmerzlich genug, aber wir wollen, dass sich dieser Entwurf noch einmal gehörig ändert. Wir wollen nicht, dass die Staatsregierung immer nur an der Bauordnung herumdoktert, sondern dass es wirklich einmal den großen Wurf gibt. Ich bin sicher: Die nächste Baunovelle machen wir GRÜNE, und dann geschieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sowa, danke schön. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU gemeldet.

(Ursula Sowa (GRÜNE): Das Gute liegt so nah!)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ich melde mich wegen einer Nebenbemerkung von Ihnen. Sie haben gesagt: Nicht umsonst kleben sich Menschen auf Straßen.

(Ursula Sowa (GRÜNE): Wie? "Nicht umsonst"?)

Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Nicht umsonst kleben sich Menschen auf Straßen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Sowa (GRÜNE))

Ich möchte Sie fragen, ob diese sich häufenden Blockaden von Verkehrswegen, die ja auch schon zu Behinderungen von Rettungseinsätzen geführt haben, Ihrer Meinung nach eine legitime Form des Protestes sind. Darüber hinaus möchte ich Sie fragen, wie Sie den Zusammenhang mit der Bayerischen Bauordnung herstellen. Aus meiner Sicht, das möchte ich ganz klar sagen, ist das keine legitime Form des Protestes, sondern unter Umständen ein strafbares Verhalten, das geahndet werden sollte.

(Uli Henkel (AfD): Das sind Aktivisten!)

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Bausback, die Not ist groß. Klimaaktivisten äußern sich auf ihre Art, die ich jetzt hier nicht bewerten möchte.

Was wir von diesen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten lernen, ist – –

(Andreas Winhart (AfD): Terroristen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was wir von diesen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten lernen, ist, dass die Not so groß ist, dass Handlungsbedarf besteht. Wir GRÜNE sind natürlich die allerersten, die sagen, dass diese Gesetze – – Schon im Jahr 2018 hat die EU diese Verfügung gemacht. Dass es vier Jahre dauert, bis hier etwas passiert, ist natürlich viel zu lang.

(Zurufe der Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) und Martin Böhm (AfD))

Insofern Druck zu machen, wie wir das umsetzen und das Klima retten, ist aus unserer Sicht legitim. Die Methoden der Klimaaktivist*innen will ich hier jetzt nicht bewerten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das sagt sehr viel aus!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wenn es wieder ruhig wird, kann der nächste Redner zum Rednerpult kommen. – Das ist der Kollege Martin Wagle für die CSU-Fraktion.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsminister Bernreiter hat bereits ausgeführt, dass Ausgangspunkt für diese Gesetzesänderung Änderungen im Bundesrecht und europäischen Recht sind. Jetzt überführen wir diese Änderungen in bayerisches Recht. Deswegen werden das Bayerische Straßen- und Wegegesetz sowie die Bayerische Bauordnung hier behandelt.

Das, was ich vorher gehört habe, kann ich überhaupt nicht verstehen. Frau Kollegin Sowa, Sie haben zuerst angesprochen, die Bayerische Bauordnung wird "schon wieder geändert". Im nächsten Satz kommen Sie dann an mit: seit 2019 hätte es schon einen Vorstoß gegeben, da hätte man früher schon ändern müssen. Dann stellen Sie einen Zusammenhang her dazu, dass sich dann Menschen auf die Straße kleben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Frau Kollegin Sowa, diese Zusammenhänge erschließen sich – mit Verlaub – niemandem in diesem Parlament, der vernünftig denkt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Aber jetzt wieder zur eigentlichen Sache, zum Gesetzentwurf. Wichtig an diesem Gesetzentwurf ist, dass es sich bei ihm nicht nur um redaktionelle Änderungen handelt, sondern um echte, substantielle Änderungen. Mit ihnen wird in Zukunft beispielsweise

sichergestellt, dass für Bundes- und Landesstraßen dieselben Vorgaben und dieselben Vorgehensweisen bei der Planung und der Genehmigung zur Anwendung kommen. Das ist durchaus von Bedeutung; denn sonst hätten wir beispielsweise im Straßenbau eine unterschiedliche Behandlung von Bundes- und Landesstraßen in der Planung und im Genehmigungsverfahren. Das würde kein Mensch verstehen – weder die beteiligten Kommunen noch die beteiligten Bürgerinnen und Bürger. Noch obendrauf kommt dann, dass der Freistaat mit seinen Baubehörden beide Straßenarten plant. Es gibt hier also eine einheitliche Vorgehensweise.

Die Staatsregierung und insbesondere der zuständige Minister Bernreiter haben bei diesem Transfer von Bundes- und Landesrecht vor allem auf einen Aspekt besonderen Wert gelegt: Es muss zu Vereinfachungen kommen, damit wir Genehmigungsverfahren schneller durchführen können, allerdings – das ist auch sehr wichtig – ohne dass Sorgfalt und Genauigkeit unter dem höheren Tempo der Verfahren zu leiden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf entspricht genau diesen Ansprüchen. Er ist sorgfältig gemacht. Er ist ausgewogen und schafft einen rechtssicheren Rahmen, um die genannten Ziele zu erreichen.

Ich nenne Ihnen jetzt einige Beispiele. Wenn zum Beispiel eine Brücke in Zukunft erneuert und durch einen Neubau ersetzt werden muss, dann muss man nicht ganz von vorne anfangen. Man muss, sofern die neue Brücke im Wesentlichen der alten Brücke entspricht, kein neues Verfahren von vorn beginnen. Das heißt, man muss nicht bei null beginnen und spart eine Menge Zeit. – Ein weiterer Vorteil infolge der Gesetzesänderung beruht auf der Möglichkeit, einen vorzeitigen Baubeginn auch im Straßenverkehr zu genehmigen. Beim Hochbau kennen wir das. Der vorzeitige Baubeginn ist jetzt auch beim Straßenbau möglich. – Wir haben auch schon vom Thema Projektmanager gehört, das wir eingepflegt haben, um bei den Genehmigungsbehörden Ressourcen zu sparen und auch eine schnelle Kommunikation zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorliegenden Änderungen der bestehenden Gesetze müssen naturgemäß durchaus ins Detail gehen. Am Ende steht aber ein Ziel, das wir erreichen müssen. Wir müssen das Verfahren vereinfachen. Das gilt insbesondere in der straßenrechtlichen Planfeststellung. Hier brauchen die betroffenen Kommunen Planungssicherheit für wichtige Infrastrukturmaßnahmen. Die sind natürlich auch immer betroffen und bei Grundstücksangelegenheiten oder bei Grundstückserwerb eingebunden. Wir brauchen schnellere Entscheidungen und keine unzumutbar langen Wege. – Im Übrigen bedeuten lange Planungszeiten natürlich auch erhebliche Kostensteigerungen für den Freistaat und damit auch für alle Bürgerinnen und Bürger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt einige Beispiele gehört. Wir haben auch schon Anregungen gehört. Frau Sowa hat einige Dinge genannt, die wir im Ausschuss in der Tiefe diskutieren können. Ich freue mich jetzt schon auf die Diskussion. Ich glaube, es gibt einiges zu besprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion. Herr Stadler, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wir reden heute über einen Gesetzentwurf der CSU, aber recht viele sind anscheinend nicht da.

Der Gesetzentwurf bringt die Übernahme von Änderungen aus der Bundesgesetzgebung und soll der Beschleunigung und Vereinfachung von unterschiedlichen Verwaltungshandlungen dienen. Grundsätzlich sind die Änderungen eine direkte Folge der verkorksten Energiepolitik, die von der Union mitinitiiert wurde.

Der Ausbau von Energieversorgungsleitungen wird – das ist festzustellen – nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen ausgebremst, wenn es zum Beispiel um Leitungskreuzungen von Straßengrundstücken geht. Die Musterverträge, die eine unbü-

rokratische und schnelle Bearbeitung derartiger Fälle ermöglichen, gelten in Bayern nicht für Kreisstraßen, die von den Landkreisen selbst verwaltet werden. Die vom Bayerischen Landkreistag vorgesehenen eigenen Vereinbarungen führen zu einer finanziellen Mehrbelastung für die Verbraucher, weil sie die Versorger schlechterstellen als die standardisierten Bundesmusterverträge. Zum anderen kann es durch sie auch zu Verzögerungen kommen, weil langjährige Verhandlungen oder Gerichtsverfahren die Folge sein können. Es wäre also besser, die Verwendung der Bundesmusterverträge für die Kreisstraßen im Rahmen dieser Gesetzesänderung zuzugestehen.

Die Bereitstellung von Flächen für die öffentliche Versorgung mit Telekommunikationsdiensten entlang der Straßen kann die Netzabdeckung im ländlichen Raum verbessern. Allerdings bedarf es hierfür sicher nicht des kompletten, gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes gesperrten Streifens rechts und links aller Staats- und Kreisstraßen. Zu Recht befürchtet der Bayerische Bauernverband, dass eine Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Nutzflächen entstehen könnte.

Die Maßnahmen zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens in Artikel 36, insbesondere die Möglichkeit der vorläufigen Anordnung, werden begrüßt. Aufgrund der schwierigen Personalausstattung in den Behörden verspricht der Einsatz externer Projektmanager möglicherweise Abhilfe. Die während der Corona-Krise gesammelten Erfahrungen bei der Nutzung des Internets für bestimmte unkritische Verwaltungsschritte dürften auch regelhaft umgesetzt werden. Der Bayerische Bauernverband schlägt vor, die Betroffenen im Falle der Integration des Artikels 36 in das Bayerische Straßen- und Wegegesetz mindestens schon in der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens zu beteiligen. Auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft will den betreffenden Behörden hinsichtlich des Artikels 36a weitergehende Informationspflichten aufgrund der weitreichenden Eingriffsrechte auferlegen.

Im Zuge der allseits gewünschten Verfahrensbeschleunigung soll die Anhörungsbehörde gemäß der neuen Fassung des Artikels 38 nun auf die Erörterung im Sinne des

Artikels 73 Absatz 6 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes verzichten können. Dies begrüßen wir.

Die Änderungen der Bayerischen Bauordnung betreffen in erster Linie die Änderungen im Zusammenhang mit Anlagen für erneuerbare Energien und Verfahrensfragen dazu. Allerdings sind hier Nachbesserungen hinsichtlich des Brandschutzes nötig, weil Indach-Anlagen und andere Hitzeprofile entwickeln, die bei der Abstandsmessung berücksichtigt werden müssen. Der Ausbau mit kleinteiligen Energieerzeugungsanlagen liegt unserer Ansicht nach nicht im übertragenen öffentlichen Interesse. Eine zunehmend dezentrale Energiegewinnung bewirkt nur eine immer unzuverlässigere Einspeisung. Und die dadurch bewirkte Netzstabilität garantiert nur ein gesteigertes Blackout-Risiko.

Der Vorschlag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die Genehmigungsfristen zu halbieren und eine Genehmigungsfiktion bei unverschuldeter Überschreitung einzuführen, stellt die ganze Überforderung der Bauverwaltung dar.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ralf Stadler (AfD): Insgesamt erweist sich damit das Staatsziel eines klimaneutralen Bayerns bis spätestens 2040 auch hier als reine Augenwischerei.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Straßen und Wege tragen als Lebensadern insbesondere in Bayern, einem Flächenland, ganz wesentlich zur strukturellen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklung bei. Das ist für uns ein ganz wichtiges Kernmerkmal, das wir vertreten. Somit ist das Bayerische Straßen- und Wegegesetz für unser Land ein überaus bedeutendes

Gesetz. Wichtige und relevante Umsetzungen wie die UVP-Änderungsrichtlinien, die Berücksichtigung des Flächensparens, des Naturschutzes und auch planfeststellungspflichtige Änderungen, zum Beispiel bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, sind hier geregelt.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden seitens des Bundes auf Vorschlag des Innovationsforums mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich, dem sogenannten Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz, und dem Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen Instrumente entwickelt, die zu einer Beschleunigung der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen führen.

Die im Gesetz enthaltenen Änderungen des Bundesfernstraßengesetzes gelten jedoch nur für Bundesstraßen und müssen nun in Landesrecht übertragen werden. In Abschnitt 6 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes sind eine Reihe von Übergangsregelungen aufgeführt, die aber leider ihre Bedeutung verloren haben. Deshalb ist eine Bereinigung dringend erforderlich. Des Weiteren sollen mit dem Gesetzentwurf auch die Vorgaben der EU-Richtlinien im Bauordnungsrecht umgesetzt werden. Speziell die Durchführungen von straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren nehmen hierbei viel Zeit in Anspruch. Deshalb wollen wir mit der Gesetzesvorlage so weit wie möglich und sinnvoll Beschleunigungsregelungen für den umfänglichen und zeitintensiven Prozess in das Bayerische Straßen- und Wegegesetz übertragen.

Daneben soll die Genehmigung von Mobilfunkmasten im Nahbereich von Staats- und Kreisstraßen deutlich erleichtert und die Regelung von Schutzmaßnahmen zugunsten von Straßen und benachbarten Grundstücken deutlich vereinfacht werden. Wie schon ausgeführt, sieht der Gesetzentwurf die Umsetzung der Vorgaben der Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen im Bauordnungsrecht vor. Hierbei geht es um die Vorhaben und Vorgaben zur Beschleunigung und Transparenz von

Verwaltungsverfahren und zur Zulassung von Anlagen zur Produktion von Energien aus erneuerbaren Quellen.

Die Verfahren sollen noch einmal eindeutig effizienter und für den Antragsteller weniger kompliziert gestaltet werden. Auch die Regelungen im Brandschutz, hier die Mindestabstände für installierte Solaranlagen auf Dächern, sollen gegenüber geltenden Festlegungen weiter reduziert und deutlich vereinfacht werden. So freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Frau Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wesentliches Ziel dieses Gesetzentwurfs ist die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Das ist gut und richtig so. Hierbei sollen nun die bereits im Bund beschlossenen Gesetze, die auch für Bundesfernstraßen gelten, so weit wie möglich auf das bayerische Gesetz heruntergebrochen werden.

Jetzt soll die gesetzliche Definition der planfeststellungspflichtigen Änderungen übernommen werden. Ein Musterbeispiel ist das Aufbauhilfegesetz aus dem Jahr 2021, das geschaffen worden ist, um bestimmte Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbaus von Straßeninfrastruktur nach Naturkatastrophen durchführen zu können. Damit soll erreicht werden, dass für solche Maßnahmen kein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist, wenn die aktuellen Regelwerte eingehalten werden, Standards und Sicherheitseinrichtungen vorgehalten werden und wenn die Verkehrsbedürftigkeit angepasst werden muss.

Das bedeutet, es muss nicht unbedingt wieder 1 : 1 aufgebaut werden. Wir alle haben gesehen, wie schwierig das ist, wenn sich eine Naturkatastrophe ereignet hat. Auch zukünftig sollen alle Planungsunterlagen im Internet bekannt gegeben werden, und

das zusätzlich auf dem normalen und herkömmlichen Weg, wie das auch jetzt im Moment der Fall ist. Auch das halten wir für sehr positiv.

In den Ausschussberatungen werden wir uns mit den geplanten Änderungen intensiv und im Detail auseinandersetzen. So gilt es, im Artikel 65 der Bayerischen Bauordnung die EU-Richtlinie 2018/2001 umzusetzen. Genehmigungsverfahren, vor allem für Produktionen von Energien aus erneuerbaren Quellen, sollen effizienter und weniger kompliziert durchgeführt werden können. Ich finde, das ist eine wesentliche Verbesserung.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Fortschritt besteht darin, dass es in Zukunft nur noch eine einzige Stelle geben wird, die die notwendigen Zulassungsverfahren abwickelt. Sie kann denjenigen, die ein Projekt umsetzen wollen, zur Hand gehen.

Nach Einreichung des Bauantrags soll die Behörde zukünftig verpflichtet sein, diesen nach Vorlage eines Zeitplans in einer bestimmten Frist zu bearbeiten. Auch das ist gut; denn damit müssen die Anträge für Anlagen bis zu 150 Kilowatt innerhalb eines Jahres und die Anträge für Anlagen über 150 Kilowatt innerhalb von zwei Jahren bearbeitet werden. Gut ist auch, dass der Mindestabstand von Solaranlagen zu Brandwänden, und zwar zu denjenigen, die nicht über das Dach geführt werden, nun ein einheitliches Maß bekommt. Dafür hat sich auf der Verbändeanhörung die Feuerwehr ausgesprochen. Wir fanden das sehr gut. Das ist zu begrüßen.

Natürlich werden wir kritisch beleuchten, ob dadurch rechtliche Positionen Dritter beeinträchtigt werden oder ob sich dadurch die Position der Zivilgesellschaft verschlechtert. Wir müssen auch aufpassen, dass Naturschutzbelange nicht außer Acht gelassen und unter den Teppich gekehrt werden. Was wird in Zukunft aus den Erörterungsterminen? Das sind Details, die wir besprechen müssen. Über alle gesetzlichen Änderungen dürfen wir natürlich unsere Klimaziele nicht aus den Augen verlieren. In diesem Sinne ein gutes Miteinander im Ausschuss!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat Herr Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bund hat in der letzten Legislaturperiode einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Planfeststellungsverfahren zu beschleunigen. Die Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN nennen das "Transfer" und "übertragbar". Da merkt man schon: Das wird im Schnecken-tempo umgesetzt. Der einzige Punkt, bei dem der Minister ein bisschen Fahrt aufnimmt, ist der, bei dem es darum geht, mehr Geld von Berlin einzufordern. Das ist einfach kein großer Wurf. Aber ja: Wir begrüßen diesen Gesetzentwurf grundsätzlich.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf übernimmt die Staatsregierung nun einige Bestimmungen des Bundes und macht sich diese zu eigen. Warum auch nicht? Man muss das Rad nicht neu erfinden. Nicht alles, was Andi Scheuer gemacht hat, ist falsch.

Allerdings stellt sich mir da die Frage, warum man so viel Zeit verstreichen lassen hat; denn unsere Infrastruktur – dazu gehört die Straße gerade in den ländlichen Räumen, meine sehr verehrten Damen und Herrn – ist stellenweise schlicht und ergreifend marode und stark sanierungsbedürftig. Der Bayerische Oberste Rechnungshof – ich weiß, der eine oder andere Kabinettskollege, Herr Staatsminister, findet den eher unseriös – hatte bereits in seinem Jahresbericht 2019 den in die Jahre gekommenen Zustand der Staatsstraßen kritisiert. So sind etwa 38 % der Staatsstraßen in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Bei weiteren 22 % gibt der Straßenzustand Anlass zu intensiven Beobachtungen. Zur Wahrheit gehört, dass wir hier ein Defizit von insgesamt 2 Milliarden Euro haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber nicht nur diese sich anstauenden Kosten stellen uns vor große Herausforderungen, um das bayerische Straßenverkehrsnetz bedarfsgerecht zu sanieren, sondern es liegt auch an

diesen langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozessen, sodass wir diese Änderungen begrüßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den Änderungen im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz nimmt die Staatsregierung mal wieder Änderungen in der Bayerischen Bauordnung vor. Kollegin Sowa hat es angesprochen, die Kollegin Aures auch. Wir hatten da bereits eine Novelle, bei der versucht wurde, sie uns hier mit großem Tamtam zu verkaufen. Aber es war nun mal nichts. Es war ein kleines "Novellchen", in dem nichts drin war. Man kann es auch als Flop bezeichnen. Das geht ausnahmsweise noch nicht auf Ihr Konto, Herr Staatsminister, sondern auf das Konto Ihrer vielen Vorgänger und Vorgängerinnen. Allerdings muss man schon erwähnen, dass es langsam ein bisschen lächerlich ist, wenn man hier ständig im Kleinen nachkartelt und einzelne Details verändert. Dann kommt man noch auf die Idee, dass man vielleicht das Problem der Abstandsflächen bei Solarmodulen anders lösen muss. – Das hätte man alles schon machen können. Das ist keine Neuigkeit, dass man Solarmodule aufs Dach bringen kann.

Auch bezahlbares Wohnen wäre in der Bayerischen Bauordnung lösbar, wenn die Staatsregierung denn wollte. Ich empfehle als Lektüre hierzu die 29 Änderungsanträge, die die FDP-Fraktion dazu eingereicht hat. Da können wir zum Beispiel diese unsägliche Sonderregel beseitigen, die wir noch für Städte mit über 250.000 Einwohnern haben, wo man die Abstandsfläche eben nicht halbieren kann. Das betrifft eben München, Nürnberg und Augsburg, wo die angespanntesten Mietmärkte in Bayern sind. Wenn Sie schon an der Novelle herumdoktern, dann nehmen Sie das auch noch mit hinein, Herr Staatsminister. Da wäre den Bürgerinnen und Bürgern mehr geholfen als mit dem Versuch, den Baustoff Holz durch die Hintertüre zu privilegieren.

Diese veränderten Rahmenbedingungen in Deutschland und in Bayern machen Anpassungen notwendig. Ich freue mich auf die Detaildebatten bei uns im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist das so beschlossen.